

Auszug aus der Niederschrift über die 03. Sitzung der Bürgerschaft am 26.09.2019

Zu TOP : 7.7

**zur Ehrenamtskarte, Einreicher: Maik Hofmann, Fraktion Bürger für Stralsund
Vorlage: kAF 0113/2019**

Anfrage:

1.
Wie weit ist der Prozess zur Ehrenamtskarte in Stralsund gediehen?
2.
Gibt es Signale aus dem Land MV endlich gemeinsam voranzukommen?
3.
Sind die Vorschläge des Landes zielführend oder komplizieren sie nur?

Frau Wolle beantwortet die Anfragen wie folgt:

zu 1.

Im letzten Bericht zum Sachstand Landesehrenamtskarte im Ausschuss für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport am 27.11.2018 wurde auf die bevorstehende Veröffentlichung eines Konzeptes des Ministeriums für Soziales, Integration und Gleichstellung MV in Form einer Kabinettsvorlage im Landtag verwiesen. Die Ausschussmitglieder und das Fachamt für Kultur, Welterbe und Medien waren sich einig, das Konzept, dessen Beschluss sowie den geplanten Umsetzungsprozess abzuwarten, um beurteilen zu können, ob man damit konform geht oder der aktuell ruhende Beschluss zur Einführung einer Stralsunder Ehrenamtskarte wieder aufgenommen werden soll.

zu 2.

Das Fachamt suchte in 2019 zweimal das Gespräch zum aktuellen Sachstand der Landesehrenamtskarte mit der verantwortlichen Abteilung im Sozialministerium.

Kurz zusammengefasst: die Kabinettsvorlage wurde Anfang 2019 nicht beschlossen, in Fachausschüsse verwiesen, überarbeitet bzw. um ein Gutachten zu den landkreisangehörigen MitMachZentralen ergänzt. Die erneute Beratung im Landtag ist für die Oktobersitzung vorgesehen. Eine große Herausforderung ist die Finanzierung des Projektes Landesehrenamtskarte zunächst für einen mittelfristigen Zeitraum. Hierbei betrachtet das Land mittlerweile nicht mehr nur die anfänglich kalkulierten Kosten für Öffentlichkeitsarbeit. Nach Überlegungen und Gesprächen werden mittlerweile auch die anfallenden Personal- und Sachkosten bei der beteiligten Ehrenamtsstiftung und in den Landkreisen und kreisfreien Städten betrachtet. Diese sind für die erfolgreiche Umsetzung des Konzeptes als Kooperationspartner vorgesehen. Hier existiert momentan noch eine erhebliche Deckungslücke, die einen zusätzlichen Landtagsbeschluss nötig macht. Doch auch mit Beteiligung des Landes an den Personal- und Sachkosten ist festzustellen, dass die Landkreise und kreisfreien Städten eine weitere Eigenfinanzierung sicherstellen müssten. Hier gibt es noch Signale der Ablehnung. Seitens des Landes ist noch keine Aussage darüber getroffen worden, inwieweit man den Landkreisen und kreisfreien Städten entgegenkommen und beim Konzept nachjustieren kann. Aktuell geht das Land von der Einführung der Landesehrenamtskarte im Laufe des Jahres 2020 aus.

zu 3.

Grundsätzlich sind die Vorschläge des Landes nachvollziehbar und so einfach wie möglich, wenn man die Belange der verschiedenen Beteiligten bedenkt. Die Kommunen und Ehrenamtlichen konnten sich zu verschiedenen Gelegenheiten aktiv in den Prozess einbringen. Das Konzept hat dies aufgegriffen.

Die Finanzierung auf allen Ebenen ist die große Herausforderung, aber auch die Quantität und die Attraktivität der angebotenen Leistungen.

Herr Hofmann fragt nach, ob seitens des Ausschusses Unterstützung zur Beschleunigung bei der Umsetzung des Projektes gegeben werden kann.

Frau Wolle erläutert, dass bei der Landesehrenamtskarte die Landkreise und die kreisfreien Städte als Kooperationspartner vorgesehen sind. Diese sollen dann in Zusammenarbeit mit der Ehrenamtsstiftung und den MitMachZentralen für die Umsetzung verantwortlich sein. In diesem Fall würde die Hansestadt Stralsund als kreisangehörige Gemeinde finanziell nicht belastet werden. Anders wäre es, wenn festgestellt wird, dass Stralsund nicht mit dem Konzept konform ist und die Stralsunder Ehrenamtskarte umgesetzt werden soll. Dafür werden jedoch noch keine gesonderten Haushaltsmittel eingeplant.

Herr Hofmann erfragt, ob es auch inhaltlich für das Ehrenamt etwas bringt.

Frau Wolle betont, dass es bei allen Aktionen um eine Würdigung des Ehrenamtes geht. Der Inhalt der Karte wird genauer zu betrachten sein.

Herr Hofmann bedankt sich und verzichtet auf die beantragte Aussprache.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i. A. König/Gremiendienst

Stralsund, 07.10.2019